



De Europese Federasie
EUROPA-PARLEMENTET

Europäische Gemeinschaften
EUROPÄISCHES PARLAMENT

Ευρωπαϊκή Κοινότητα
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ

European Communities
EUROPEAN PARLIAMENT

Communauté Européenne
PARLEMENT EUROPÉEN

Comunità Europee
PARLAMENTO EUROPEO

Europese Gemeenschappen
EUROPEES PARLEMENT

Elmar Brok MdEP

Brüssel, den 28.9.1982

Herrn
Dr. Helmut Kohl MdB
- CDU-Bundesvorsitzender -
Bundeshaus

D-5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Dr. Kohl,

lassen Sie mich zuerst meine Bewunderung für die Ruhe, Standfestigkeit und Klugheit, mit denen Sie die gegenwärtige Entwicklung möglich gemacht haben, zum Ausdruck bringen.

Als Anlage übersende ich Ihnen ein Papier zur Europa-politik, das ich als Vorsitzender des europapolitischen Unterausschusses des Bundesfachausschusses Außenpolitik erarbeitet habe. In das Papier sind Vorlagen von Frau Lenz sowie der Herren Professor Weidenfeld, Professor Hahn und Dr. Peter Hartmann eingeflossen (zwei Original-papiere sind beigelegt); im Übrigen auch ein CDU/CSU-Antrag im Bundestag.

Vielleicht kann die Ausarbeitung bei der Erstellung der Regierungserklärung von Nutzen sein.

Ihnen für Ihre schwere Aufgabe alles Gute wünschend und meine engagierte Unterstützung zusagend, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

(Elmar Brok MdEP)

Ø Herrn Dr. Alois Mertes MdB

Anlagen

ENTWURF FÜR EUROPAERKLÄRUNG

Die europäische Einigungspolitik befindet sich in einer Krise. Neue nationale Egoismen der Regierungen - z.T. ausgelöst durch die großen politischen Probleme der Gegenwart -, die Handlungsunfähigkeit des Ministerrats, der Verlust des Bewußtseins der politischen Zielsetzung der EG sind Gründe für die Europa-Müdigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung und einer verstärkten Zuwendung zu nationalen Lösungen:

- 1) Die schwierigen aktuellen Probleme sind nur lösbar, wenn neue Impulse in den grundsätzlichen Fragen der Einigung erfolgen. Die EG ist ihrem Sinne nach auf die politische Einheit aller freien Völker Europas ausgerichtet. Dieses Ziel muß gerade auch im Hinblick auf die Süderweiterung wieder in den Vordergrund gerückt werden. Nur dann können die Regierungen ihren nationalen Schatten überspringen. Die Klärung dieses Zieles ist auch notwendig, damit die Einzelentscheidungen einer Orientierung und nicht Zufälligkeiten des Augenblicks unterworfen sind.

Deshalb ist der Beschluß des Europäischen Parlamentes zu begrüßen, in einem Institutionellen Ausschuß den Entwurf einer europäischen Verfassung zu erarbeiten.

- 2) Die EG und ihre Institutionen müssen ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Dies erfordert, daß die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Parlament selbstbewußter ihr Initiativrecht gegenüber dem Ministerrat wahrnimmt.

Diese Forderung ist aber insbesondere an den Rat gerichtet, der weitgehend entscheidungsunfähig geworden ist.

Der Ministerrat muß zum Abstimmungsverfahren gemäß den Verträgen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft zurückkehren, weil sich das Einstimmigkeitsprinzip in seiner gegenwärtigen Anwendung als eines der Haupthindernisse auf dem Weg zu mehr Gemeinschaftspolitik erwiesen hat. Für eine Übergangszeit teilen die Regierungen der Mitgliedstaaten dem

Koordinationssekretariat verbindlich und begründet mit, welche Fragen des kommenden Jahres sie nach dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden haben möchten.

- 3) Die Zuständigkeiten der EG sind nicht mehr der Kontrolle der nationalen Parlamente und noch nicht der des Europäischen Parlaments (EP) unterworfen. Dieser Zustand ist mit den Prinzipien der Demokratie nicht vereinbar.

Deshalb müssen die Kompetenzen des EP, das vor allem im Haushaltsbereich Fortschritte erreicht hat, ausgebaut werden:

- Ausbau des Haushalts- und Herstellung des Gesetzgebungsrechts in Zusammenarbeit mit dem Ministerrat
- Bindung des Ministerrats an die Verhandlungsergebnisse mit dem Parlament in Haushaltsfragen (Konzertierungsverfahren),
- Zustimmung bei Verträgen der Europäischen Gemeinschaft mit Nichtmitgliedstaaten,
- Zustimmung zu Beitrittsverträgen und
- Mitentscheidung bei der Bestellung der Kommission und Konzertierung von EP und Rat vor der Bestellung des Kommissionspräsidenten.

- 4) Die politische Zusammenarbeit (EPZ) der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist auszubauen mit dem Ziel, durch ein System verpflichtender Konsultationen eine verbesserte Abstimmung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft herbeizuführen. Dazu soll ein ständiges Koordinationssekretariat, das dem Generalsekretariat des EG-Ministerrats zugeordnet ist, und ein Rat für Sicherheitsfragen geschaffen werden. Der Rat als Gemeinschaftsorgan zeichnet verantwortlich für sämtliche Tätigkeiten einschließlich der Konsultationen und Entscheidungen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit.

Der Rat als Gemeinschaftsorgan ist in diesen Fragen dem EP rechenschaftspflichtig.

Die Genscher/Colombo-Initiative ist zu begrüßen. Sie darf allerdings nicht durch zwischenstaatliche Ansätze die Zuständigkeiten der Gemeinschaftsinstitutionen unterlaufen. Auch muß sie in wichtigen Fragen (Kompetenzen des EP, Einbindung des Europäischen Währungssystems in das Konzert aus EG und EPZ, Entscheidungsverfahren im Ministerrat, Position des EP im Gefüge der Institutionen) präzisiert werden.

- 5) Die wirtschaftliche Entwicklung in der EG und damit der dauerhafte Abbau der Arbeitslosigkeit hängen davon ab, daß die Mitgliedstaaten den großen technologischen Herausforderungen gemeinsam begegnen. Dazu gehört es auch, den damit verbundenen strukturellen Wandel sozial aufzufangen und nicht unrentable Industrien durch kurzfristige, oft national motivierte Erhaltungssubventionen auf Kosten der wirtschaftlichen Zukunft zu sichern.

Die Nutzung des zu vollendengroßen EG-Binnenmarktes ist eine wichtige Voraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die innergemeinschaftliche Wohlstandsentwicklung.

Fast 50 % des deutschen Exports geht in die 9 EG-Partnerländer (nur etwa 2 % in die UdSSR). Damit hängt jeder 8. Arbeitsplatz direkt von dem Funktionieren des EG-Binnenmarktes ab. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist deshalb auch an den Ausbau des EG-Binnenmarktes gebunden. Die EG sichert für uns Arbeitsplätze.

Dazu müssen Handelshemmnisse beseitigt werden, die z.B. auf unterschiedlichen Anforderungen an Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz beruhen (nichttarifäre Handelshemmnisse). Die Europäische Gemeinschaft muß durch ihre Außenhandelspolitik protektionistischen Bestrebungen im Welthandel entgegenwirken.

- 6) Die EG als hoch industrialisierte, exportabhängige Gemeinschaft ist dabei für die Rohstoffversorgung in existentieller Weise abhängig von der wirtschaftlichen und politischen

Entwicklung der Dritten Welt. Seit 1978 geht der Anteil der europäischen Produkte am Weltmarkt zurück.

Die in den letzten Jahren heraufziehenden Risiken des Welt-handels haben deutlich gemacht, daß nur Kreativität und Zusammenarbeit der europäischen Staaten und ihrer Produktionen diesen Herausforderungen begegnen können. Der in den letzten Jahren aufkommende Regionalismus und damit verbundene Protektionismus und sogar Nationalismus sind dazu die am wenigsten geeigneten Instrumente, da sie die weitere Erschließung und Nutzung der Möglichkeiten eines funktionierenden großen Binnenmarktes als Gegengewicht zu einem möglichst offenen Weltmarkt, der allein die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert, behindern. Dieses gilt vor allem in hochspezialisierten, zukunftsweisenden Industrien wie der Elektronik und Telematik. Eine neue, gemeinsame Investitionspolitik der EG ist erforderlich, um die entsprechenden Projekte in den notwendigen Größenordnungen zu sichern. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß europäische Unternehmen gleiche Chancen auf den Weltmärkten erhalten.

Neue Formen der freiwilligen Kooperation sind zu entwickeln, insbesondere mit denjenigen Ländern, die wichtige Handelspartner werden können oder schon geworden sind (China, ASEAN, OPEC). Einer gemeinsamen Haltung der EG-Staaten in den Verhandlungen des GATT, bei Abkommen innerhalb der OECD kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Bei der Entwicklung einer gemeinsamen Außenwirtschaftspolitik kommt dem Europäischen Parlament eine wichtige Rolle zu, um fördernd und kontrollierend zugleich einzutreten, besonders gerade dort, wo den nationalen Parlamenten keine Kompetenz mehr zukommt.

- 7) Die umverteilende Wirkung des EG-Haushalts muß zugunsten schwacher Regionen und Zukunftsaufgaben vergrößert werden. Dies ist nur möglich, wenn die EG neue Maßnahmen für eine innergemeinschaftliche Entwicklungspolitik z.B. auf den Gebieten der Regional(Mittelmeerplan)-, Sozial-, Beschäftigungs-, Umwelt-, Forschungs- und Energiepolitik beschließt.

Gerade die hohen Kosten im Energiebereich machen gemeinsame Anstrengungen notwendig.

Dabei soll die Europäische Gemeinschaft nur solche Aufgaben übernehmen, die auf der Ebene der Gemeinschaft wirksamer und/oder kostengünstiger wahrgenommen werden können als von den Mitgliedstaaten.

An dem Prinzip der Eigenmittel der EG muß festgehalten werden. Angesichts der Süderweiterung und der anstehenden Aufgaben ist die gegenwärtige Begrenzung des Mehrwertsteueranteils nicht aufrechtzuerhalten.

Bei einer Reform der EG-Finanzierung muß die deutliche Nutznießerfunktion einiger Staaten, deren BIP über dem EG-Durchschnitt liegt, abgebaut werden. Die Forderung nach einem 'juste retour' wird abgelehnt.

8) Die Zusammenarbeit und die Abstimmung auf den Gebieten der Energie-, Wirtschafts- und Währungspolitik muß verstärkt werden. Die erforderlichen flankierenden wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen als Voraussetzung zur Weiterentwicklung des europäischen Währungssystems zu einer Stabilitätsgemeinschaft mit dem Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion sind in Angriff zu nehmen. Der unvermeidliche strukturelle Wandel erfordert verstärkte gemeinschaftliche Anstrengungen zur Förderung von Forschung und Technologie.

9) Die GAP sollte prinzipiell in ihrer jetzigen Form beibehalten werden. Dies gilt auch für den Preis als der Grundlage eines gesicherten bäuerlichen Einkommens. Eine Politik der direkten Einkommenszuweisungen wird abgelehnt.

Ziel der Agrarpolitik muß die weitere Sicherung der Ernährungsbasis für die 260 Mill. EG-Bürger und die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes sein.

Allerdings müssen Kosten, die durch Überproduktionen entstehen, durch Maßnahmen wie die Mitverantwortungsabgabe und die Bindung der Größe der Veredelungswirtschaft an die Bodenfläche abgebaut werden.

- 10) Eine neue CDU-geführte Bundesregierung wird den Empfang künftiger Fernsehprogramme unserer europäischen Nachbarländer nicht behindern.

Denn wir betrachten die Möglichkeit, Programme unserer Nachbarn, die ab Mitte der 80iger Jahre via Satellit empfangbar sein werden, nicht als Einmischung, sondern als kulturelle Bereicherung und als einen Aspekt und als Instrument des europäischen Einigungswillens.

Daher unterstützen wir die Initiative, ein europäisches Fernsehprogramm unter der gemeinsamen Beteiligung der EG-Mitgliedsländer herzustellen.

Wir wollen damit den Prozeß der europäischen Einigung beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Satellitentechnik unter Beweis stellen.

Wir werden daher auch prüfen, ob dieser Initiative eines europäischen Fernsehprogramms ein Kanal des deutschen Satelliten, der ab 1985 im Weltraum sein wird, zur Verfügung gestellt werden kann.

- 11) Die Politik der Europäischen Gemeinschaft muß mehr auf die Bedürfnisse des einzelnen Bürgers ausgerichtet sein. Er muß spüren, daß die Existenz der Europäischen Gemeinschaft ihm das Leben erleichtert und seine eigene Zukunft sichert. Deswegen müssen die technischen und verwaltungsmäßigen Hemmnisse im grenzüberschreitenden Verkehr abgebaut, mehr Freizügigkeit geschaffen, der Jugendaustausch verstärkt, der Fremdsprachenunterricht in den Schulen ausgebaut und die kulturellen Beziehungen und Begegnungen sichtbar ausgeweitet werden.

Der Bürger muß spüren, daß die Europäische Gemeinschaft auch seinem persönlichen Interesse dient. Dies wird seine innere Zustimmung zur europäischen Einigung verstärken.

Der Abbau der Kontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen macht Europa für den Bürger erlebbar und führt im innergemeinschaftlichen Handel zu erheblichen Einsparungen für die Wirtschaft. Der größte Teil der Abschöp-

fungen im innergemeinschaftlichen Handel kann problemlos und unbürokratisch von Finanz- und Zollämtern mit den Betrieben direkt abgewickelt werden.

Wir müssen die Aufgabe der Einigung Europas bewältigen, weil dies die letzte Chance dieses Kontinents ist. Zukünftige Generationen werden sonst mit Verachtung auf uns blicken. Nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern, weil dieses Wort Alexander HAMILTONS richtig ist: "Anzunehmen, daß zwischen einer Anzahl von einander benachbarten, unabhängiger, souveräner Staaten auf die Dauer Eintracht herrschen könnte, hieße, die menschliche Natur außer acht lassen und der Geschichte Hohn sprechen."

ELMAR BROK

KAS-ACDP